

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, green, and red flow from the left side of the page towards the center, framing the main title and the GEW logo below it.

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red slanted background, positioned to the right of the horizontal lines.

GEW

Beschlüsse

des 28. Gewerkschaftstages der GEW
vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

DS 274 Keine Studiengebühren – für niemand! Gegen die Studiengebühren in Baden-Württemberg

Die GEW verurteilt die am 3. Mai 2017 beschlossene Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern sowie für ein Zweitstudium in Baden-Württemberg.

Der aktuelle Beschluss, der Studiengebühren im vierstelligen Eurobereich pro Semester vorsieht, ist in diesem Zusammenhang eine besondere Form der institutionellen Diskriminierung: Er trifft eine Gruppe junger Menschen, die ohnehin bereits sehr hohe Kosten für ihr Studium zu schultern haben. So haben internationale Studienbewerberinnen und -bewerber unzählige zusätzliche Hürden zu überwinden, wenn sie ein Studium aufnehmen und finanzieren wollen: Sie müssen ihre Zeugnisse überprüfen lassen, häufig Einkommen nachweisen, Sprachkurse und -tests absolvieren, haben in der Regel keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG und bekommen auch häufig keine Arbeitserlaubnis für Jobs. Studiengebühren für internationale Studierende verhindern daher Chancengleichheit und sind konsequent abzulehnen. Studiengebühren für ein Zweitstudium stehen dem Ziel des lebenslangen Lernens diametral entgegen und sind ebenso zu verurteilen.

Ob gegen Inländer*innen oder internationale Studierende, offene oder versteckte – die GEW lehnt Studiengebühren jeder Form konsequent ab!

Im Krefelder Aufruf des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren heißt es „Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems“. Aus guten Gründen werden Studiengebühren in jeder Form daher von der GEW konsequent abgelehnt. Mit dem auf dem Nürnberger Gewerkschaftstag beschlossenen Wissenschaftspolitischen Programm der GEW gilt: „Die GEW beharrt auf ihrer Forderung nach einer bedingungslosen Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums und fordert eine strukturelle Erneuerung der Ausbildungsförderung, die perspektivisch zu einem elternunabhängigen Studienhonorar weiterzuentwickeln ist“. Der aktuelle Beschluss des baden-württembergischen Landtages, der auf Initiative des grünen Wissenschaftsministeriums hin erfolgt ist, steht diesem gewerkschaftspolitischen Anspruch nicht nur diametral gegenüber. Er gibt darüber hinaus aktuell in mehrfacher Hinsicht Grund zur Besorgnis.

Baden-Württembergs Studiengebühren leisten institutioneller Diskriminierung Vorschub – die GEW setzt dem ein gesellschaftliches Inklusionsversprechen entgegen!

Den Studiengebühren, für die es derzeit keine politische Mehrheit in der Gesellschaft gibt, soll seitens der Landesregierung diese Zustimmung offenbar wieder verschafft werden – und zwar indem sie verschärft gegen internationale Studierende angewandt werden. Sie bringen damit ein Modell auf den Weg, das zu Recht von verschiedenen Verbänden harsch kritisiert worden ist. Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) etwa wandte sich entschieden gegen die „rassistischen Studiengebühren“ und auch der Deutsche Bundesjugendring fasste auf seiner Vollversammlung einen einschlägigen Beschluss. Auch die GEW Baden-Württemberg attestierte dem grünen Wissenschaftsministerium, aus dem der Vorschlag kam, umgehend ein politisches „Armutszeugnis“. Die Einführung von Gebühren gegen internationale Studierende aus Nicht-EU-Ländern und für das Zweitstudium hat ohne Zweifel massive hochschulpolitische Folgen. So ist im Angesicht der drohenden Gebühren die Zahl der internationalen Einschreibungen in Baden-Württemberg bereits im Sommersemester um die Hälfte eingebrochen und bedroht damit die Internationalisierung der Wissenschaft. Aber ein Beschluss wie dieser reicht auch über die Hochschulpolitik hinaus.

Mehr als nur ein hochschulpolitischer Dammbbruch – die Verankerung rechter Argumentationsweisen in der bürgerlichen Mitte muss verhindert werden!

Hochschulpolitisch wird so ein gefährlicher Dammbbruch für die Rehabilitierung von Studiengebühren möglich. Gesellschaftspolitisch werden hier subtil Ressentiments bedient. Das Gesetz für Studiengebühren gegen internationale Studierende leistet hierbei keine bloß rhetorischen Zugeständnisse – sondern politisch folgenreiche. Es setzt aktiv Forderungen aus dem rechten politischen Spektrum um, für die es aus den Reihen der AfD Applaus gibt, während der grüne Landesverband aus der eigenen Partei kritisiert wird. Die Regelung trägt dazu bei, rechte Argumentationsweisen salonfähig zu machen.

Den Eid auf die Schuldenbremse als Voraussetzung aller Politik lehnt die GEW ab – und macht steuerpolitische Alternativvorschläge!

Längst nicht alle grünen Abgeordneten des Landtags scheinen von den Gebühren so überzeugt zu sein, wie die Wissenschaftsministerin, die in der Vergangenheit bereits

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

als Gebührenbefürworterin auftrat. Ein Teil der Landtagsabgeordneten scheint sehr wohl an der Sinnhaftigkeit von Studiengebühren zu zweifeln, verweist mit der Logik des Sachzwangs aber darauf, dass sich ihre Einführung notwendig aus der Schuldenbremse ergäbe. Anstatt es als ihre Aufgabe zu begreifen, den Spielraum für politische Handlungsmöglichkeiten zu schaffen, wird die Schuldenbremse von Landtagsvertreter*innen als vorausgesetzte Bedingung aller anderen Entscheidungen präsentiert. Die Studiengebühren dienen also vorrangig der Haushaltskonsolidierung, ausgetragen auf den Rücken von internationalen und im Zweitstudium befindlichen Studierenden. Dies zeigt sich auch daran, dass lediglich ein Fünftel der eingenommenen Studiengebühren an die Hochschulen zurückfließen sollen.

Der Gewerkschaftstag der GEW fordert die Landesregierung und die Abgeordneten des Landtags Baden-Württemberg auf, den Beschluss für Studiengebühren umgehend rückgängig zu machen!

Gegen die gebetsmühlenartige Beschwörung einer Quasi-Naturgewalt „Schuldenbremse“ hält die GEW mit ihren steuerpolitischen Positionierungen „Richtig gerechnet!“ Alternativvorschläge bereit. „Bildung. Weiter denken!“ heißt im Jahr 2017, den politischen Eid auf die Schuldenbremse zu verweigern und für einen Handlungsspielraum einzutreten, der Möglichkeitsfenster für ein solidarisches gesellschaftliches Projekt öffnet.